

Ä5 Ungebrochen Solidarisch - Gegen Rechts hilft Links

Antragsteller*in: Lilli Grosch, Johannes Hunger, Sebastian Hansen, Mathilda Oechslein, Arian Kunze, Kai Frescher, Marvin Bauersfeld, Alexander Eichel, Kilian Irlinger, Anna Gmeiner, Jonas Turber, Florian Wunderle, Hannes Rosenitsch, Mia Morell, Eva Boyks, Anna Kock, Jannis Decker

Änderungsantrag zu P1

Von Zeile 71 bis 72 einfügen:

Veränderung selbst in die Hand zu nehmen, können wir dem Rechtsruck langfristig etwas entgegensetzen – denn Antifa heißt Wohlfahrtsstaat!

Reclaim Social Media!

Um die extreme Rechte erfolgreich bekämpfen zu können, dürfen ihren Akteuren*innen die wichtigsten Debattenräume dieser Zeit nicht einfach überlassen werden.

Die Frage darf nicht mehr lauten, ob wir Social Media, insbesondere TikTok, bespielen wollen, sondern ob wir es uns leisten können, es nicht zu tun - und die Antwort lautet nein. Schon seit geraumer Zeit haben extrem rechte Politiker*innen und Influencer*innen die Diskurshoheit in den sozialen Medien erlangt. Besonders auf TikTok, aber auch auf X – unter Mithilfe von Elon Musk – und den Meta-Netzwerken finden gerade junge Menschen extrem rechte Inhalte, ohne dass dem progressive Erzählungen entgegengesetzt werden. Ein Indiz für die Wirksamkeit dieser Dauerbeschallung sind auch die Wahlergebnisse der U18- und Juniorwahlen im Rahmen der Landtagswahlen letzten Jahres, bei denen vor allem die AfD einen deutlichen Zuwachs verzeichnen konnte. Gleichzeitig sind die Plattformen voll von absichtlicher Desinformation und Hetze, die insbesondere durch staatliche russische Trollfabriken verbreitet wird. Hier zeigt sich Putins Wille, die westlichen Gesellschaften durch die gezielte Unterstützung der extremen Rechten zu spalten und letztlich in das autoritäre Lager zu ziehen, ganz besonders.

All das muss sich ändern! Zum einen sollte die Plattformregulierung so angepasst werden, dass insbesondere gezielte Desinformation, aber auch allgemein menschenverachtende und strafrechtlich relevante Aussagen besser bekämpft werden können und von den Plattformen verschwinden. Und zum anderen müssen progressive Inhalte auf die Plattformen. Als gesellschaftliche Linke und auch als GRÜNE JUGEND Bayern ist es unsere Aufgabe, das zu leisten. Der Landesvorstand wird deswegen beauftragt, seine Social-Media-Konzepte entsprechend anzupassen. Hierbei ist auch ein großes Augenmerk auf die Umsetzbarkeit der Konzepte für die Kreisverbände zu legen. Nur wenn alle mitmachen können, haben wir die Chance, Social Media zu reclaimen.

Politische Bildung – Mehr Demokrat*innen für die Demokratie

Junge Menschen haben laut der aktuellen Mittestudie am häufigsten von allen Altersgruppen ein rechtsextrems Weltbild. Dennoch darf dies nicht als "Jugendphänomen" gesehen werden, denn junge Menschen sind Teil der Gesamtgesellschaft und werden durch sie geprägt. Dazu kommt: Politische Bildung ist in den letzten Jahren auf ein Mindestmaß heruntergefahren worden und das, was vonseiten des Staates als vermeintliche politische Bildung übrigbleibt, ist hauptsächlich schlecht gemachte Extremismusprävention.

Echte Politische Bildung muss Menschen für die Gestaltung von Demokratie gewinnen, muss individuelle Mündigkeit, Urteils- und Handlungsfähigkeit fördern, anstatt junge Menschen nur als

potenzielle Demokratiegefährder*innen anzusprechen. Prävention von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit muss ein erwünschter Nebeneffekt von guter politischer Bildung sein. Nicht Disziplinierung hinsichtlich erwarteter Bedrohungen, sondern mehr konstruktive Demokratie ist notwendig. Politische Bildung als kurzfristiges Interventions- und Präventionsprogramm kann nicht wirken. Sie muss als gesellschaftliche Daueraufgabe angelegt sein.

Gemeinsam solidarisch gegen die extreme Rechte!

Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf - um das zu verhindern, ist die Aufgabe aller Demokrat*innen die Demokratie gemeinsam zu verteidigen. Klar ist, dass es fünf vor zwölf ist und es dringend Sofortmaßnahmen wie Vereins- und Parteiverbote und ein anderes Angebot auf Social Media braucht, um den weiteren Aufstieg menschenverachtender Positionen und Parteien zu verhindern. Klar ist aber auch, dass wir an die Ursachen heran müssen. Das Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen muss wiedergewonnen, die (soziale) Infrastruktur, gerade auf dem Land, gestärkt werden. Wir brauchen gute Löhne, eine Bekämpfung von Altersarmut, eine gute Perspektive für junge Menschen und einen starken Sozialstaat, um Menschen in diesen unsicheren Zeiten Sicherheit zu geben. Gleichzeitig müssen wir die Menschenfeindlichkeit vieler durch eine eigene, progressive Erzählung und bessere politische Bildung zurückdrängen. Lasst uns gemeinsam allen deutlich machen, dass die Würde aller Menschen unantastbar und das die unverrückbare Grundlage unserer Demokratie ist - für eine solidarische, diskriminierungsfreie Gesellschaft!

Begründung

Der Antrag wurde überarbeitet, da der ursprüngliche Antrag an vielen Stellen zu wenig differenziert, zu wenig ausführlich und analytisch zu wenig tiefgehend und teilweise verkürzt war. Zudem wurden an einigen Stellen konkrete Forderungen ergänzt. Klar ist für uns, dass das Erstarken der extremen Rechten in den letzten Jahren keineswegs nur monokausal materialistisch erklärt werden kann, sondern dass es hierfür auch erhebliche kulturelle Gründe gibt. Diese Strategie der "kulturellen Hegemonie" wird von der extremen Rechten selbst propagiert, weswegen sie in unserer Analyse berücksichtigt werden muss und wir Gegenstrategien entwickeln müssen. Es wurde ein Part zu Social-Media ergänzt, um dieses Problem zu adressieren. Das gleiche gilt für die politische Bildung, zu der entsprechend ein Absatz eingefügt wurde.